

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	113
		TOP:	2
	Verhandlung	Drucksache:	341/2019
		GZ:	SI
Sitzungstermin:	23.09.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Fortsetzen von Maßnahmen aus dem Pakt für Integration des Landes BW und ergänzender Maßnahmen der LHS zur Förderung der Integration von Flüchtlingen		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 22.07.2019, öffentlich, Nr. 111

Ergebnis: Kenntnisnahme

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 10.07.2019, GRDRs 341/2019.

Nach einer knappen Einführung in die Thematik durch die Vorsitzende gibt sie StR Lazaridis (90/GRÜNE) das Wort. Im Bereich der Integrationspolitik könne die Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) stolz darauf sein, bundesweit eine Leuchtturmfunktion - bezogen auf das Zusammenleben unterschiedlichster Kulturen in Stuttgart - einzunehmen, äußert StR Lazaridis. Der Pakt für Integration (PIK) stehe für das Integrationsmanagement und die begleitenden Maßnahmen. Hierbei nennt er beispielhaft einige erfolgreiche ergänzende Maßnahmen wie OMID, die vom Sozialreferat, maßgeblich von BM Wölfle, initiiert worden seien. Bezogen auf die Jugendhilfe spiele die Schulsozialarbeit mit ihren 13 über diese Maßnahmen erhaltenen Stellen eine wichtige Rolle.

StR Dr. Nopper (CDU) schließt sich in Teilen den lobenden Worten seines Vorredners an. Im weiteren Verlauf erkundigt sich dieser Stadtrat nach der Effektivität der Fördermaßnahmen sowie der eingesetzten Sachmittel. Die Sozialarbeiter*innen, im Fachjargon "Integrationsmanagement" genannt, die in den 7 trägerbetreuten Unterkünften tätig

seien, so Frau Braun (SozA), hätten viel bewegt und zuwege gebracht. StR Dr. Nopper interessiert die Stellungnahme der Fachverwaltung hinsichtlich der vom Referat AKR angesprochenen Abkehr und Entkoppelung zeitlich befristeter Förderprogramme. Gegebenenfalls sei auch eine Verlängerung der mit dem PIK verbundenen Förderprogramme durch das Land möglich, fügt StR Dr. Nopper hinzu.

Hinsichtlich der unterschiedlichen Referatspositionen unterrichtet Frau Braun, für jedes Handlungsfeld gebe es einen Bedarf für die städtische Planung im Sinne von Fachverstand, Steuerung und Koordination mit den Trägern; ebenso verlange die Situation im Bereich der Geflüchteten eine dauerhafte Unterstützung. Ein befristetes Angebot sei für die Fachverwaltung in diesem Bereich nicht vorstellbar, ergänzt Frau Braun. Herr Pohl teilt die Einschätzung von Frau Braun, bezogen auf die Jugendfarmen und Aktivspielplätze, die Kinder ohne Tagesstruktur betreuten.

StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) weist auf seine vollumfängliche Unterstützung in den Haushaltsplanberatungen hin und schließt sich wie auch StRin Meergans (SPD) den Ausführungen von StR Lazaridis an. An StRin Meergans gewandt informiert Frau Braun, mithilfe des Instruments des Case-Managements werde in Clustern wie Sprache, Job, Familienbedürfnisse, Freizeit sowie Sport vorgegangen, um zu eruieren, wo der einzelne betreute Geflüchtete stehe. Mit den betroffenen Personen werden Zeitschritte vereinbart. Dieses Instrument erweise sich als sehr erfolgreich.

StRin Höh (FDP) spricht sich wie StR Dr. Nopper dahingehend aus, zunächst abzuwarten, ob eine Fortführung der mit dem PIK verbundenen Förderprogramme durch das Land angestrebt werde. Eine Fortführung stelle in der Folge eine Sicherheit für die Träger dar, die die Aufgaben übernehmen.

Für die Weiterführung des Integrationsmanagements einschließlich der Sachmittel spricht sich Herr Hardt aus. Im Interesse der Flüchtlinge und deren zügiger Integration sollten die in den letzten beiden Jahren entwickelten und aufeinander abgestimmten ergänzenden Maßnahmen weitergeführt werden.

Frau Haller-Kindler (OB-KB) betont, es sei ihr sehr wichtig, auf die Situation von Kindern und Jugendlichen hinzuweisen, rund 2.500 Kinder und Jugendliche, die sich noch in den Gemeinschaftsunterkünften aufhielten. Bezogen auf den Maßstab der UN-Kinderrechts-konvention, wie Kinder aufwachsen sollten, macht Frau Haller-Kindler deutlich, man werde diesem Maßstab in den städtischen Unterkünften nicht gerecht. Die Ehrenamtlichen, die in diesem Feld tätig seien, müssten unterstützt werden, da es sich bei den Geflüchteten nicht ausschließlich um räumliche Probleme handle. Sie plädiere dafür, diese Zielgruppe im Auge zu behalten und die Möglichkeiten dahingehend auszuschöpfen, um die Situation vor Ort zu verbessern.

Herr Schulze-Gronemeyer weist auf die ungute Situation hin, dass Kinder in den Unterkünften noch keinen Kitaplatz besäßen und in der Regel in den sogenannten Spielgruppen betreut würden. Diese müssten unbedingt erhalten und finanziell unterstützt werden. Auf einen weiteren Punkt hinweisend unterrichtet er, dass Familien, nachdem sie die Unterkünfte verlassen hätten, in den Sozialhotels gelandet seien. Für die neue räumliche Situation falle die Betreuung vor Ort zu gering aus.

Die von den Vorrednern/-innen genannten Themenfelder sollten nicht außer Acht gelassen werden, bestätigt Herr Arpad. Im Namen der Sachkundigen des Internationalen Ausschusses plädiert er für den Beibehalt der Maßnahmen - unabhängig der Entscheidung des Landes.

Frau Braun bedankt sich für die Rückmeldungen und informiert, dass es sich bei dieser Vorlage um eine Fortsetzung der GRDRs 532/2017 handelt. Die damals beschlossenen Maßnahmen hätten sehr gut gegriffen, sodass mit dieser Vorlage beabsichtigt sei, den erfolgreichen Weg des Miteinanders der Kulturen weiterzuführen. Sie unterrichtet über den Erhalt der Beschlussfassung der veränderten Verwaltungsvorschrift des Landes im August dieses Jahres. Diese Veränderung betreffe ein Modul des Pakts für Integration, das Integrationsmanagement. Dafür werden für die 51,1 Integrationsmanager*innen für weitere 12 Monate 64.000 € pro Vollzeitstelle vom Land bezuschusst. Zu den früheren Modulen, die Bestandteil des Pakts für Integration 2017 gewesen seien, hätte die Sozialverwaltung bisher keine weiteren Beschlussfassungen erhalten. Bei den "Willkommensräumen" könnte sich noch eine positive Änderung abzeichnen, unterrichtet Frau Braun. Für die übrigen ergänzenden städtischen Maßnahmen, die vom Gemeinderat im letzten Haushalt beschlossen worden sind, werde die Sozialverwaltung eine Beschlussvorlage zur Übernahme einer Verlängerung erstellen.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 341/2019 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt (5)
Gesundheitsamt (4)
Jobcenter
SI-IP

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. Referat JB
Jugendamt (27)
 4. GPR (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS